



Der Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 04.03.2010

1. Den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Gesundheitsausschusses
am Dienstag, 09. März 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 26.1.2010

2. 07-F-01-0124

ANLAGE

Wiesbaden der Gesundheitsstandort
- *Bericht des Dezernates III vom 17.1.2010* -

3. 10-F-25-0018

Schuleingangsuntersuchungen
- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 18.2.2010 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen seit 2005, insbesondere über die Entwicklung bei folgenden Befunden:
 - + Seh-, Hör- und Sprachstörungen
 - + Übergewichtsproblematik
 - + schulrelevante Entwicklungsdefizite
2. Zeigen sich wesentliche Unterschiede im Vergleich zu 2005? Sind signifikante Unterschiede in der Betroffenheit einzelner Beeinträchtigungen zwischen Mädchen und Jungen bzw. hinsichtlich des Grades der Bildungsnähe der Herkunftsfamilie zu identifizieren?
3. Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich ggf.?

4. 10-F-25-0019

Reform des Rettungsdienstes

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 2.3.2010 -

In Hessen muss bei Notfalleinsätzen eine 10-Minutenfrist eingehalten werden. Dies führte in der Vergangenheit in Wiesbaden aufgrund von gleichzeitigen Alarmen, so genannten „Duplizitätsfällen“, immer öfter zu Problemen. Deshalb soll das Wiesbadener Notarztwesen reformiert werden, wie am 08.02.2010 der Wiesbadener Lokalpresse zu entnehmen war.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird deshalb gebeten, zu berichten,

- wie das Wiesbadener Notarztwesen reformiert werden soll, welche Kosten daraus entstehen und wer diese Kosten zu tragen hat.

5. 10-V-03-0002

DL 06/10-1 NÖ

Grundsatzbeschluss: Geplante Kooperation der kommunalen Großkrankenhäuser Klinikum Offenbach GmbH, Klinikum Darmstadt GmbH und HSK Rhein-Main GmbH

6. 10-V-20-0005

DL 07/10-1 NÖ

Neuausrichtung der HSK Klinik Schlangenbad GmbH

7. 10-V-20-0004

DL 06/10-2 NÖ

Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft

8. 10-A-17-0001

Bericht der Gesundheitsdezernentin

9. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Abt
Vorsitzender